

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Der Außenhandel im Rahmen der Wirtschaftsreform

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1968) : Der Außenhandel im Rahmen der Wirtschaftsreform, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 9, pp. 492-495

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133883>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Tschechoslowakei: Preisentwicklung Der Außenhandel

im Rahmen der Wirtschaftsreform

***, Prag

Die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Truppen der Warschauer Pakt-Staaten stoppte nicht allein den politischen Liberalisierungsprozeß. Sie setzte auch der von Prof. Ota Sik eingeleiteten Wirtschaftsreform ein vorläufiges Ende. Diese Reformen wurden besonders in den westlichen Staaten mit großem Interesse verfolgt. Sie schienen ein Anzeichen dafür, daß die starre ideologisch geprägte Wirtschaftspolitik der Ostblockstaaten längerfristig einer pragmatischen Ausrichtung weichen würde. Wir veröffentlichen im folgenden den Artikel eines ehemaligen Mitarbeiters von Prof. Sik, in dem die Ziele und Hintergründe der Reformbestrebungen am Beispiel des Außenhandels aufgezeigt werden.

In dem früheren Konzept unserer Wirtschaft bildete der Außenhandel einen separaten Sektor. Die Binnenwirtschaft war strikt vom Weltmarkt getrennt. Ein solches Konzept könnte zur Förderung autarker Entwicklungen oder zur Beschleunigung des Aufbaus in zeitlich begrenzten Perioden geeignet sein. Es kann in einem kleinen Land jedoch nicht über lange Zeit erhalten bleiben, wenn die Effizienz der Wirtschaft nicht beeinträchtigt werden soll.

Der Druck der Weltmarktbedingungen soll die Wettbewerbsmöglichkeit der einzelnen Wirtschaftssektoren zeigen: Diesem Ziel dient eine aktive Außenhandelspolitik, die mit einer allmählichen Liberalisierung des Marktes verbunden wird und den langfristig lebensfähigen wirtschaftlichen Einheiten mehr Beachtung schenkt. Das alles sind keineswegs neue Prinzipien — noch nicht einmal in der Tschechoslowakei. Aber bisher fehlten die Instrumente zur Verwirklichung.

Die Lösung der elementaren politischen Probleme öffnet der CSSR jetzt auch die neuen Wege zur Lösung der wirtschaftlichen Fragen. Sie gibt die Möglichkeit, die rückständigen Wirtschaftssektoren, vor allem innerhalb der Industrie, dem harten Druck der Weltmarktrealität auszusetzen. Anders als die früheren Bemühungen, mehr oder weniger künstliche Bedingungen für die Inlandsproduktion zu schaffen,

versucht das neue Konzept, die Binnenwirtschaft als Teil des Weltmarktes zu sehen. Damit stehen die einzelnen Sektoren natürlich unter dem Einfluß äußerer und auch innerer Bedingungen. Die Institution des Staatsmonopols für Außenhandel muß in diesem Zusammenhang als Instrument des Staates verstanden werden, das die gesamtwirtschaftlichen Interessen am Außenhandel mit Hilfe einer entsprechenden Wirtschafts- und Handelspolitik — nicht jedoch durch administrative Maßnahmen — sichert. Direkte Beeinflussung der Unternehmenspolitik durch das Ministerium sollte es nicht geben. Das Unternehmen wird sein Verhalten im Rahmen der zentral gelenkten Wirtschaftspolitik auf der Basis wirtschaftlicher Rationalität, d. h. auf der Basis einer echten Kalkulation, selbst wählen.

DIE PREISREFORM

In der Tschechoslowakei gab es bisher drei separate Preissysteme, die nur wenig gemeinsam hatten: Großhandelspreise, Einzelhandelspreise und Außenhandelspreise. Die ersten leiteten sich im Prinzip von den Produktionskosten ab, die zweiten basierten größtenteils auf politischen Erwägungen, und die dritten wurden weitgehend durch die Bedingungen bestimmt, die auf dem Weltmarkt herrschten. Die

Vereinheitlichung dieser drei Systeme ist die wichtigste und komplizierteste Aufgabe, die wir zu lösen haben, denn die Probleme des Außenhandels sind eng mit den Preisproblemen verknüpft.

Eine Preisreform begann am 1. Januar 1967. Trotz gewisser Unzulänglichkeiten hätte sie zur Einleitung einer grundlegenden Änderung der inneren und der äußeren Preise führen können. Das Einfrieren der Preise, das in der ersten Hälfte desselben Jahres aus nicht-ökonomischen Gründen erfolgte, verhinderte jedoch, daß die Marktbedingungen sich weiterhin auswirken konnten. Es ist jetzt notwendig, diesen Zustand zu ändern.

EIN REALISTISCHER WECHSELKURS

Ausgangspunkt für die Wiedereinführung rationaler und wirtschaftlicher Preise kann nur ein echter Wechselkurs sein. Er ist gleichzeitig Voraussetzung für die allmähliche Verwirklichung der Währungsconvertibilität. Der gesamte Reproduktionsprozeß in den Unternehmen würde auf diese Weise einen objektiven Maßstab finden.

Man nimmt an, daß wir, um einen echten Wechselkurs und einen gewissen Grad an Convertibilität zu finden, ungefähr 5 bis 7 Jahre benötigen werden. Diese Schätzung entspricht der Zeit, die für die Durchsetzung der Maßnahmen zur technischen und qualitativen Verbesserung unserer Produktion als erforderlich angesehen wird. Das Wertkriterium des Weltmarktes muß sich jedoch schon früher in den Plänen und Konzeptionen widerspiegeln. Das wird einen wachsenden Einfluß der Weltmarktpreise auf das innere Preissystem und die Preisrelationen zur Folge haben, der auf das gesamte Finanzsystem einschließlich der Steuer-, Geld- und Einkommenspolitik ausstrahlen könnte.

Die Übergangszeit für die Einführung eines realistischen Wechselkurses ist erforderlich, um die weniger konkurrenzfähigen Unternehmen in die Lage zu versetzen, die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung oder Umwandlung ihrer Produktionsstruktur zu ergreifen. Sie können in einer Verbesserung der technologischen oder kommerziellen Qualität bestehen oder in einer Änderung der Organisation. In einigen Fällen wird sogar eine totale Änderung der Produktion notwendig sein.

KOMPLEMENTÄRE MASSNAHMEN

Die Änderungen können nicht auf das Gebiet des Außenhandels begrenzt bleiben, sondern müssen mit den Wandlungen in anderen Sektoren, besonders im Banksystem, gekoppelt sein. Notwendig ist vor allem eine allmähliche Öffnung des Devisenmarktes, wobei die einzelnen Schritte hier allerdings noch nicht vollständig geklärt sind.

Allgemein ist es erforderlich, Importe und Exporte im Gleichschritt mit den Möglichkeiten zu liberalisieren, die dem tatsächlichen Stand der Wirtschaft entsprechen. Wir haben heute z. B. bei den meisten Clearings aktive Bilanzen, und in solchen Fällen können die Importe ohne Bedenken von allen Restriktionen befreit werden. Eine schwierigere Situation besteht augenblicklich gegenüber den freien Währungsgebieten. Bei dem Versuch, sie zu lösen, werden wir zweifellos die Hilfe anderer Partner benötigen.

PLANUNG DES AUSSENHANDELS

Die Planung in der Tschechoslowakei basierte allgemein — und darum auch im Außenhandel — auf dem System materieller Gleichgewichte, das für die Unternehmen bindend war. Das System gab materiellen Proportionen den Vorzug und vernachlässigte Wertelationen. Folglich war es unmöglich, ein wirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen.

Dieses Konzept ist gründlich überprüft und geändert worden. In Zukunft wird die zentrale Planung im Außenhandel eine Projektion der zukünftigen Entwicklung der Märkte sein, die nur die zentrale Autorität hinsichtlich ihrer Wirtschaftspolitik bindet, nicht aber einzelne Unternehmen. Sie wird die Grundlage für das wirtschaftliche Verhalten der Regierung, für die Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Ministerien und für Ausbildung und Einsatz der wirtschaftlichen Instrumente sein. Sie könnte es ermöglichen, daß die einzelnen Unternehmen relativ unabhängig sind und sich auf der Basis wirtschaftlicher Rationalität entwickeln. Der Plan soll die Beziehungen der Binnenwirtschaft zu verschiedenen Außenmärkten, die Investitionspolitik, Wirtschaftsstruktur und die Geld- und Güterströme projizieren. Er muß außerdem ein Rückkopplungssystem enthalten, das die elastische Anpassung an veränderte Bedingungen erlaubt.

Das Ministerium für Außenhandel wird keinen direkten Einfluß auf Unternehmen ausüben, sondern wird seine Politik darauf ausrichten, die Grundproportionen zu umreißen. Es wird die wirtschaftlichen Maßnahmen anstreben, die die erforderlichen makroökonomischen Veränderungen und die Wettbewerbsfähigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft bewirken. Die Planung in den Unternehmen kommt unabhängig davon zustande. Das Unternehmen wird die Optimierung seiner eigenen Handelsaktivität durch freie Wahl der Produkte und Märkte verfolgen, wobei diese Wahl lediglich durch die äußeren und inneren Markt- und Produktionsbedingungen und durch die indirekt wirkende Wirtschaftspolitik beeinflusst wird.

Die ständige Verbindung zwischen den zentralen Plänen und den Unternehmensplänen soll durch einen wechselseitigen Informationsstrom (zwischen dem Mi-

nisterium und den Außenhandels- und Industrieunternehmen) über die konkreten Ergebnisse und Konzepte gesichert werden.

DEVISENPROBLEME

Die Devisenpolitik ist Aufgabe der Staatsbank. In Zukunft soll sie sich vor allem auf die Währungspolitik konzentrieren und nur noch eine allgemeine Devisenpolitik ausüben, während der laufende Devisenhandel den Handelsbanken vorbehalten sein sollte. Die institutionellen Änderungsvorschläge befinden sich hier noch im Diskussionsstadium, aber eines ist sicher: Die administrative Verteilung der Devisen soll allmählich aufgegeben und durch den Verkauf und Kauf auf kommerzieller Basis ersetzt werden. Das bedeutet, daß die Verantwortung für die Zahlungsbilanz in Zukunft weitgehend beim Banksystem liegen wird und nicht wie bisher beim Ministerium für Außenhandel. Man glaubt, daß der freie An- und Verkauf in dem Maße eingeführt werden kann, wie sich die Zahlungsbilanzsituation verbessert.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß es unmöglich ist, die jetzige Zahlungsbilanzsituation mit ihrem strukturellen territorialen Ungleichgewicht zu ignorieren. Die gegenwärtigen künstlichen Wechselkurse müssen aber durch realistische Kurse ersetzt werden, die durch die üblichen Instrumente eines normalen Währungssystems regiert werden. Die Devisenpolitik wird dann an der Restaurierung des wirtschaftlichen Gleichgewichts wesentlich beteiligt sein. In diesem Zusammenhang ist es zweifellos notwendig, unsere Beziehungen zum IWF und wahrscheinlich zu einigen anderen internationalen Institutionen neu zu überdenken.

PROBLEME DER HANDELPOLITIK

Die Ziele der Außenpolitik und der Handelspolitik sind im Prinzip gleich. Die Intensität der Interessen mag jedoch verschieden sein, und auf diesen Punkt hat die Handelspolitik einen gewissen Grad an Einfluß, besonders in einem kleinen Land. Die Handelspolitik muß ein dynamisches Gleichgewicht sichern und ein System wirtschaftlicher Instrumente auf dem Gebiet der autonomen Handelspolitik schaffen, um auf diese Weise die territoriale und Warenstruktur zu optimieren.

Natürlich muß diese autonome Handelspolitik im Einklang mit den internationalen Normen und den Vertragsverpflichtungen des Landes stehen. Um dafür günstige Bedingungen zu schaffen, ist es notwendig, unser Steuer- und Zollsystem unter Einhaltung der GATT-Vorschriften zu revidieren.

Auf diese Art und Weise soll ein System geschaffen werden, das ein freies Manövriertfeld für Unternehmen darstellt, innerhalb dessen sie ihre wirtschaft-

lichen Tätigkeiten voll realisieren können. Es ist dabei allein Sache der staatlichen Politik, solche Wege und Mittel zu finden, die die kurzfristigen Interessen der Unternehmen und die längerfristigen gesellschaftlichen Interessen harmonisieren, ohne in die Unternehmen direkt einzugreifen.

ANNÄHERUNG AN DIE SOZIALISTISCHEN STAATEN

Die sozialistischen Staaten, besonders die Sowjetunion, haben einen großen und schnell wachsenden Markt. Die Entwicklung des Handels mit diesen Staaten konzentrierte sich in der Vergangenheit einseitig auf das Wachstum des Volumens und vernachlässigte die qualitative Seite. Das Ziel unserer Reform ist es, der wirtschaftlichen Effizienz durch Rehabilitierung des Marktmechanismus den Vorzug zu geben. Aus diesem Grunde ist die rationale Lösung des Preisproblems und der Handelsbeziehungen als Voraussetzung des Übergangs zur Multilateralität von hervorragender Bedeutung. Wir sind der Ansicht, daß die Preise zwischen den verschiedenen Handelspartnern direkt auf der Basis der Weltmarktpreise vereinbart werden sollten.

Zugleich entsteht damit die Notwendigkeit einer Anpassung der Zahlungsbedingungen, der Kredit- und Bankoperationen etc., über die hier aber nicht diskutiert werden soll.

Innerhalb der langfristigen internationalen Abkommen sollte den einzelnen Unternehmen unserer Ansicht nach mehr Entscheidungsfreiheit gegeben werden. Sie sollten einerseits an internationalen Verhandlungen von Anfang an teilnehmen, andererseits sollte der verpflichtende Charakter von Kontingenten modifiziert und in anderer Weise als bisher je nach dem Charakter der Güter gesichert werden. Der Staat kann z. B. bei der Sicherstellung der Ölversorgung für das ganze Land eine ganz andere Haltung einnehmen als in dem Fall, wo es um die laufende Lieferung von Konsumgütern geht. Es sollte dafür keine Uniformität des Verfahrens geben.

Im Zusammenhang mit der Liberalisierung von Kontingenten wird es notwendig sein, auch den Wechselkurs und das Bankwesen zu rehabilitieren und zu versuchen, auch hier multilaterale Handelsbeziehungen einzuführen. Denn nur so lassen sich die latent vorhandenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufdecken. Die Entwicklung unserer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten dürfte unsere Beziehungen zu anderen Staaten nicht beeinträchtigen, sie wird im Gegenteil dazu dienen, diese zu fördern und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit schaffen.

Solche Veränderungen würden die Tätigkeit des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) natürlich nicht unberührt lassen. Die Wirtschaftsreformen, die in verschiedenen sozialistischen Staaten verwirklicht

wurden und werden, zeigen deutlich, daß sich die Bedingungen auch im RGW ständig verändern und daß immer neue Formen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erforderlich sind. Das gilt für die Koordinierung der ökonomischen Planung, die Zusammenarbeit auf dem Währungssektor, die direkte Zusammenarbeit der Industrieunternehmen und anderes. Alle diese Veränderungen können nur auf der Basis gegenseitiger Abkommen und innerhalb längerer Zeiträume verwirklicht werden.

ANNÄHERUNG AN DIE KAPITALISTISCHEN LÄNDER

Es wäre in unserem Interesse, die Importe aus westlichen Ländern erheblich zu steigern. Das gilt nicht allein für die Importe im traditionellen Sinn, sondern auch für die industrielle Zusammenarbeit. Voraussetzung ist jedoch, daß wir selbst fähig sind, selbst mehr zu exportieren.

Das größte Hindernis dafür liegt in unserer industriellen Struktur, die den Anforderungen des Weltmarktes noch nicht entspricht. Wir müssen daher zum einen die strukturellen Änderungen begünstigen und zum andern den Abkommen beitreten, die uns in die Lage versetzen, die Möglichkeit für diese Änderungen zu schaffen.

Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern ist in diesem Zusammenhang von größter Wichtigkeit, besonders im Hinblick auf die Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet und in der Forschung. Beide Seiten sollten bereit sein, wirtschaftlich zusammenzugehen, ohne dabei politische Bedingungen zu stellen.

Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß die günstige Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und westeuropäischen Ländern nur in einer Atmosphäre der Nichtdiskriminierung eintreten kann.

INSTITUTIONELLE PROBLEME

Die größere und effizientere Beteiligung an der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Wiedereinführung der wirtschaftlichen Kalkulation erfordern auch andere institutionelle Lösungen. Die administrativen und direktiven Methoden bei der Führung von Außenhandelsunternehmen müssen abgeschafft werden. Industrie- und Handelsorganisationen sollten, nachdem sie bestimmte Bedingungen erfüllt haben (wahrscheinlich werden sie ihre finanzielle Sicherheit und die hohe Qualifikation ihrer Beschäftigten nachweisen müssen), die Möglichkeit haben, ihre Partner frei zu wählen und in die Märkte mit den besten Chancen einzudringen.

Über die organisatorische Form der Außenhandelsunternehmen sollten im Prinzip wirtschaftliche Erwä-

gungen entscheiden. Bisher scheinen vor allem folgende Lösungen möglich:

- Eine unabhängige Import- und/oder Exportgesellschaft, die sich jeweils auf bestimmte Waren spezialisiert,
- unabhängige Außenhandelsorganisationen, die gemeinsam durch mehrere Industrieunternehmen gegründet werden,
- eine unabhängige Außenhandelsorganisation, die als Konzern von den Unternehmen einer Branche oder eines Industrietrusts gegründet wird,
- Industrie- oder Handelsunternehmen, die selbst und in ihrem eigenen Namen Außenhandel durchführen,
- eine unabhängige Organisation, die sich auf verschiedene Dienstleistungen im Bereich der Außenwirtschaft spezialisiert, wie z. B. Patent- und Lizenztausch, Marktforschung, Import und Export von Dienstleistungen, Auskünfte über Transport und Versandvorschriften etc.
- Import- und Exportgesellschaften der Gewerkschaften.

EIN NEUES KONZEPT FÜR DIE HANDELSKAMMERN

Verständlicherweise wird zur Durchsetzung dieser Reformen eine Übergangszeit notwendig sein. Der Außenhandel ist ein schwieriges Geschäft. Neue Gesellschaften müssen nicht nur genügend Kapital haben, sondern auch qualifiziertes Personal, einen bestimmten sicheren Umsatz, eine ausreichende Devisenbasis und gute Bankverbindungen. Last not least soll die neue Organisation die Position eines Monopolproduzenten auf dem Binnenmarkt nicht verstärken, sondern sie soll im Gegenteil den Wettbewerb verstärken.

Außerdem wird es notwendig sein, die Art unserer Repräsentationen im Ausland und die Förderung des tschechoslowakischen Handels in verschiedene Märkte neu zu überdenken.

Das erfordert zunächst ein neues Konzept für die Tätigkeit der Handelskammern. Anstatt eines administrativen Zweigs des Ministeriums für Außenhandel sollen sie in Zukunft die repräsentative Organisation der tschechoslowakischen Ex- und Importeure sein. Sie müssen den Unternehmen ermöglichen, kollektiv an der Vorbereitung internationaler Handelsabkommen teilzunehmen und Aktivitäten in der Propaganda und Information zu entwickeln.

Es ist nur natürlich, daß noch nicht alle Fragen gelöst sind. Aber die Bewegung ist begonnen worden. Das Ziel ist ein liberaler und multilateraler Strom wirtschaftlicher Beziehungen zu allen willigen Partnern. Sicherlich liegen noch einige Schwierigkeiten vor uns, aber es besteht der gute Wille, sie zu überwinden.